

II. Sitzung

Mittwoch den 7. März 1945, 09.00 Uhr.

Es sind anwesend: sämtliche Kommissionsmitglieder.Dazu: Herr Minister Stucki.Vorsitz: Herr Nationalrat Bärtschi.

Traktandum 7:
-----Verhandlungen mit den alliierten Delegationen.

Vorsitzender: Die Verhandlungen, die wir hier pflegen, haben vertraulichen Charakter. Bei gewissen Dingen ist es dem Takt des Einzelnen überlassen, was er weiterleiten will. Unsere Kommission ist ja gerade dazu da, um gewisse Gesamteindrücke in weitere Kreise zu tragen und dadurch mitzuhelfen, dass das Volk in dieser kritischen Zeit die richtige Haltung bewahrt. Gewisse andere Dinge dagegen sind absolut vertraulich. Ich erinnere z.B. an die gestern entgegengenommene Mitteilung über den bevorstehenden Besuch des hohen amerikanischen Offiziers. Insbesondere das, was Ihnen heute von Herrn Minister Stucki vorgetragen wird, ist streng vertraulich. Ich bitte Herrn Minister Stucki jeweils zu sagen, was in seinem Referat als absolut vertraulich zu behandeln ist.

M. Borella: On nous a souvent priés de traiter les communications reçues avec grande discrétion. Puis, l'autre jour, on a pu lire la même chose dans les jour-



naux. Or, si l'on nous demande d'être discrets, il est nécessaire que les autorités officielles le soient aussi.

Herr Minister Stucki: Man kann diese Verhandlungen, die hinter uns liegen, nicht verstehen und ihr Resultat nicht richtig würdigen, ohne die Strategie, mit der sie geführt wurden, einigermaßen zu kennen. Eine Verhandlung, bei der auf der einen Seite eine deutsche Delegation und auf der andern Seite drei alliierte Delegationen stehen, konnte nicht ohne strategischen Plan durchgeführt werden. Die Mitteilungen über diesen strategischen Plan dürfen, was ich hier speziell betonen möchte, auf gar keinen Fall, auch nach Abschluss der Verhandlungen, über Ihren Kreis hinaus bekannt werden. Das Resultat der Verhandlungen wird dagegen, allerdings auch erst nach der Unterzeichnung der Vereinbarungen, der Presse in den Grundzügen bekannt gegeben werden. Die Vereinbarungen sind noch nicht unterzeichnet. "Betriebsstörungen" sind immer noch möglich.

Es sind nun 28 Jahre her, da haben in diesem Zimmer hier die Mitglieder des Bundesrates von abends 9 Uhr bis morgens 3 Uhr gesessen. Im Westbau war der deutsche Gesandte und die deutsche Delegation, im Ostbau der französische Botschafter und die französische Delegation. Die Alliierten hatten von der Schweiz verlangt, den Export nach Deutschland vollständig zu unterbinden. Die Schweiz erklärte darauf: nur Deutschland liefert uns Kohle und Eisen. Seid Ihr Franzosen bereit, uns diese Stoffe zu liefern? Die Boten eilten hin und her.

Die Erinnerung an diese Ereignisse taucht in diesen Tagen wieder auf. Wie damals, befinden wir uns auch heute wieder zwischen Hammer und Amboss. Allerdings besteht

ein Unterschied: damals war Deutschland noch fähig, in grossem Umfange Kohle und Eisen zu liefern. Das ist heute nicht mehr der Fall. Damals bestand noch ein gewisses Gleichgewicht in Europa; auch das ist heute nicht mehr der Fall.

Als Frankreich befreit worden ist, ging ein Gefühl der Freude durch das Schweizervolk. Diese Freude war nicht nur eine Freude über die Befreiung der Franzosen sondern ebenso sehr eine Freude über die Sprengung des eisernen Ringes um uns. Sie war aber nur von kurzer Dauer. Die Möglichkeit, schweizerische Waren über Frankreich zu exportieren und ausländische Waren über Frankreich zu importieren, war geringer als je. In den Monaten Oktober 1944 bis Januar 1945 sind diese Möglichkeiten praktisch auf Null gesunken.

Die Blockadeverhandlungen mit den Alliierten sind im Jahre 1939 begonnen worden. In den folgenden Jahren wurden sie weitergeführt. Man hat sich immer wieder verständigt. Schweizerischerseits wurden der Commission mixte neue Konzessionen gemacht. Man glaubte darin eine genügende Basis zu haben, damit uns auch die Alliierten neue Zugeständnisse machen.

Nach der "russischen Bombe" vom November 1944 platzte am 4. Januar 1945 die "amerikanische Bombe". In der amerikanischen Presse wurde uns vorgeworfen, wir unterstützten ihren Todfeind. Wir seien Hehler für grosse deutsche Leute. Die Schweiz sei ein Land, das nicht nur nicht neutral, sondern sehr deutschlandfreundlich eingestellt sei. Die Russen übernahmen diese Propaganda mit Freude. Auch Südamerika, der Nahe und Ferne Osten übernahmen die

Angriffe. Die Beziehungen mit Frankreich waren immer noch sehr gespannt. Auch in England gab es heftige Presseangriffe gegen uns. Wir erhielten stürmische Anfragen von unseren Vertretungen im Ausland. Die Situation war unerfreulich. Eine Isolierung unseres Landes, wie wir sie vielleicht noch nie zuvor erlebt haben, drohte.

Es ist selbstverständlich, dass in dieser Situation gehandelt werden musste. Die Schweiz hat alles unternommen, damit über diese Frage eine Diskussion ermöglicht werde. Es war dann beruhigend, als unsere Einladung an die Alliierten, eine Delegation in unser Land zu schicken, angenommen wurde. Noch beruhigender war es, dass der amerikanische Präsident einen seiner persönlichen Freunde an die Spitze der Delegation stellte. Auch die britische Regierung entsandte einen prominenten Regierungsvertreter. Eine französische Delegation schloss sich an. Sie haben die freundlichen Presseerklärungen, die bei der Ankunft der Delegationen in Bern abgegeben worden sind, gelesen.

Unsere erste Aufgabe war die Bestellung einer schweizerischen Verhandlungsdelegation. Hier gingen die Meinungen bereits auseinander. Die eine Auffassung ging dahin, es handle sich um Verhandlungen, wie sie schon bisher gepflogen worden sind. Es bestehe daher kein Grund dazu, sie durch eine andere Kommission führen zu lassen, als die, die sie bisher geführt hat. Die andere, gewiss die richtige Auffassung, ging dahin, dass die bevorstehenden Verhandlungen zwar eine Fortsetzung früherer Verhandlungen seien, dass ihnen jedoch eine besondere Bedeutung zukomme und dass das Ansehen der Schweiz und das Vertrauen in sie wie nie zuvor auf dem Spiele stehen. Die Tatsache,

dass es Currie und Dingle Foot waren, die zu uns gesandt wurden, die Tatsache, dass der Präsident der Vereinigten Staaten eine persönliche Botschaft überbringen liess, die Tatsache schliesslich, dass sich die Schweiz einer Schicksalswende näherte, musste meines Erachtens dazu führen, diese Verhandlungen ganz anders zu beurteilen als frühere. Es ist daher eine Delegation in Aussicht genommen worden, die dieser veränderten Situation Rechnung trug. Da nach schweizerischem Brauch die Mitglieder des Bundesrates nicht selbst verhandeln, diese vielmehr die Reserve bilden, so hat man aus den beteiligten Departementen die höchsten Chefbeamten zugezogen, auch wenn sie vorher noch nie an solchen Verhandlungen teilgenommen hatten. So wurden die Direktoren des Kriegs-, Industrie- und Arbeitsamtes, des Kriegsernährungsamtes, der Nationalbank, ferner der Direktor der Finanzverwaltung, der Vater des Plans Wahlen usw. in die Delegation berufen. Wir wollten damit den alliierten Delegationen zeigen, dass wir uns des Ernstes der Situation voll bewusst sind. Daneben wurden selbstverständlich die Herren, die schon in London die Verhandlungen geführt haben, in die Delegation einbezogen. Um Empfindlichkeiten zu schonen, hat man dann die Delegation, welche der Führung von Herrn Professor Keller unterstellt wurde, noch erweitert durch einen Vertreter der Arbeiterschaft, Herrn Professor Max Weber, und einen Vertreter der Landwirtschaft, Herrn Dr. Borel aus Brugg. Ich werde nachweisen, dass diese Erweiterungen sich ausserordentlich günstig ausgewirkt haben. Ebenfalls um Empfindlichkeiten zu schonen, ist neben der Verhandlungsdelegation noch eine Verhandlungskommission bestellt worden. Am Tage vor Beginn der Verhand-

- 6 -

lungen ist leider Herr Professor Keller schwer erkrankt, was die Aussichten nicht gerade verbesserte. In letzter Stunde und ohne in die Sache selbst eingeführt zu sein, ist an seine Stelle Herr Professor Rappard eingesprungen. Es liegt mir daran, auch in diesem Kreise Herrn Professor Rappard meine grösste Anerkennung und meinen wärmsten Dank auszusprechen. Wie kein anderer besitzt er die Fähigkeit, die Engländer und Amerikaner so zu behandeln, wie man sie behandeln muss.

Den ersten freundlichen Tönen, die wir von den Alliierten zu hören bekommen hatten, folgte sehr bald eine Ernüchterung. Der Inhalt des Briefes des amerikanischen Präsidenten und eines sehr langen Exposés, das Herr Currie mitbrachte, befreiten uns bald von jeglichen Illusionen. Was wurde von uns verlangt? Es lässt sich dies in folgende kurzen Formeln zusammenfassen: Ihr Schweizer seid ja ganz nette Leute. Wir haben Sympathie für Euch. Ihr seid alte Freiheitskämpfer. Ihr habt auf humanitären Gebiete viel geleistet. Wir wollen Eure militärische Neutralität voll respektieren, obschon es für uns von Vorteil wäre, dies nicht zu tun. Wir verlangen keinen Durchmarsch durch Euer Land. Wir machen Euch aber nachdrücklich darauf aufmerksam, dass für die Schweiz die Stunde geschlagen hat zu zeigen, wo sie moralisch und wirtschaftlich steht. Hier gibt es jetzt keine Neutralität mehr. In dieser Beziehung habt Ihr eindeutig auf unsere Seite zu treten. Sonst werdet Ihr isoliert dastehen. Die Konsequenzen sind folgende:

1. Sensationell aufgemacht, ist jeder Export zu sperren.
2. Jeder Transit durch die Schweiz ist sofort

zu sperren.

3. Jede Ausfuhr von elektrischer Energie nach Deutschland ist sofort zu sperren.

4. Im Sinne der Resolution 6 der Empfehlungen von Bretton Woods sind alle Massnahmen zu treffen, dass keinerlei Gut unserer Feinde weiter bei Euch versteckt bleiben kann. Ferner, dass unter keinen Umständen in der Schweiz Mittel angesammelt werden, um einen neuen Krieg zu organisieren, um eine 5., oder sagen wir, 6. Kolonne zu finanzieren.

Dafür wurde uns in Aussicht gestellt: Wenn Ihr das tut und damit der Welt zeigt, dass Ihr das Gebot der Stunde verstanden habt, dann sind wir damit einverstanden, dass Ihr militärisch neutral bleibt.

Ich muss hier einfügen, dass die Mitteilungen, die ich Ihnen soeben gemacht habe, morgen natürlich nicht in der Zeitung stehen dürfen.

Das war die Situation am Abend des ersten Verhandlungstages. Unsere Verhandlungsdelegation hat zusammen mit dem Bundesrat die Lage geprüft. Es ist sowohl in der Delegation, wie im Bundesrat ein einstimmiger Beschluss gefasst worden:

1. Was die Alliierten von uns verlangen, steht im Widerspruch zu den Geboten der schweizerischen Neutralität und steht im Widerspruch zu dem, was wir unter der Würde des Landes verstehen. Kein neutraler Staat hat das Recht, namentlich nicht unter fremdem Druck, die wirtschaftlichen Beziehungen zu einem Lande einseitig abbrechen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit ausdrücklich

feststellen, dass in diesem ausschlaggebenden Punkte auch die Vertreter der Sozialdemokratie -- im Bundesrat wie in der Delegation -- mit absoluter Eindeutigkeit diesen schweizerischen Standpunkt vertreten haben, und sie haben auch die alliierten Delegationen darüber nicht im Zweifel gelassen, dass sich diese nicht etwa auf die Opposition in der Schweiz stützen könnten.

2. Würde die Schweiz tun, was man von ihr verlangt, so müsste der Eindruck ein ähnlicher sein, wie ihn die Welt gehabt hat, als Italien dem sterbenden Frankreich den Todesstoss gab. Es ist nicht schweizerische Art, einem am Boden liegenden Gegner noch einen Fusstritt zu geben.

Das war unsere Antwort. Und wenn dann in den nächsten Tagen und Wochen nach Bekanntgabe des Resultates der gepflogenen Wirtschaftsverhandlungen in der Öffentlichkeit kritisiert werden wird, dass die Schweiz viel zu viel nachgegeben habe, so sollen Sie, meine Herren, wissen, wie sich die Dinge entwickelt haben.

Wir müssen uns vergegenwärtigen, wie die Verhältnisse stünden, wenn Deutschland noch in der Lage wäre, uns monatlich 100.000 Tonnen Kohle zu liefern. Es wäre eine tragische Situation. Die Tatsache der Besetzung der ober-schlesischen Gebiete durch die Russen hat die Verhandlungen ganz wesentlich erleichtert. Deutschland ist heute und war schon vor einigen Wochen nicht mehr in der Lage, uns die grossen Mengen Kohle und Eisen zu liefern, die uns verpflichtet hätten, die Forderungen der Alliierten weitgehend abzuweisen. Im Wort "Kohle" liegt die Erklärung für die ganze schweizerische Strategie in diesen Verhandlungen: Wenn wir es endgültig ablehnen, für den Export nach Deutsch-

land eine Sperre zu erlassen, wenn wir bewusst darauf verzichten, durch eine solche sensationelle Massnahme in London, Washington, Paris oder gar Moskau eine gute Note zu verdienen, so sind wir auf der andern Seite der Auffassung, dass Deutschland als Lieferant und als Bezüger von Waren für uns mit jedem Tag an Wichtigkeit verliert. Wir waren uns infolgedessen darüber im klaren, dass zwar die Ablehnung jener grundsätzlichen Sperrmassnahmen am Platze war, andererseits aber eine wesentliche Einschränkung unseres Exportes und des Transits Deutschland-Italien notwendig wurde.

Die Verhandlungen mit Deutschland waren daher so zu dirigieren, dass Deutschland sich gezwungen sehen würde, von sich aus zu erklären: wir können mit Euch kein neues Wirtschaftsabkommen abschliessen.

Wir waren uns bewusst, dass eine solche Strategie voller Gefahren ist. Wir mussten abschätzen, wie die Reaktion eines besonders nervösen und zu unüberlegtem Handeln geneigten Nachbarn sein würde. Man konnte nicht genau wissen, wie Deutschland reagieren würde, wenn wir ihm auf einmal erklärten: Alle Deine Guthaben in der Schweiz sind gesperrt; wir können Waren nur noch unter den und den Bedingungen liefern; der Transit von Kohle ist nur noch unter den und den Bedingungen möglich. Wir haben damit gerechnet, dass es Deutschland bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen treiben könnte. Die deutsche Reaktion war dann glücklicherweise nicht so explosiv.

Von diesen strategischen Ueberlegungen ausgehend, haben wir in den einzelnen Fragen folgende Haltung eingenommen:

1. Der Transit: Die Gotthardkonvention ver-

pflichtet die Schweiz, den Transit zuzulassen, vorausgesetzt, dass dadurch ihre Neutralität nicht beeinträchtigt wird. Die Deutschen erklären, dass wir zum Transit schlechthin verpflichtet sind und dass sich die Frage der Neutralität gar nicht stellt. Die Verpflichtung ergebe sich desgleichen aus der Konvention von Barcelona und aus der Haager Konvention.

Für uns war eine psychologische Ueberlegung entscheidend. Seit dem Oktober letzten Jahres haben wir festgestellt, dass die Mengen Kohle, die Deutschland durch die Schweiz nach Italien transitiert, ein Mehrfaches dessen ausmachen, was uns die Deutschen liefern. Daraus ergab sich für uns ein moralisch sehr starker Standpunkt: Juristische Spitzfindigkeiten hin oder her, es ist für unser Land einfach nicht tragbar, dass die deutschen Kohlenzüge Tag und Nacht durch den Gotthard rollen, während unsere Gaswerke, unsere Industrie, unsere Haushaltungen keine Kohle mehr erhalten. Wir verlangen daher, dass in dieser Hinsicht eine gewisse Parität hergestellt wird. Der Schweiz muss gleichviel Kohle geliefert werden, wie Deutschland nach Italien transitiert.

Wir stellten folgende Rechnung an: Im Monat Januar sind von Deutschland 53.000 Tonnen Kohle nach Italien transitiert worden. An die Schweiz geliefert wurden nur 12.000 Tonnen. Deutschland hat uns daher für den Monat Januar 41.000 Tonnen nachzuliefern.

Ich füge hier ein, dass die Einstellung des Kohlentransites von den Alliierten aus militärischen Gründen als *conditio sine qua non* bezeichnet wird. Demgegenüber erklärten wir, dass wir von Deutschland die Nachlieferung

im genannten Umfange verlangen werden. Dabei wussten wir natürlich, dass Deutschland nicht mehr in der Lage ist, diese Nachlieferungen auszuführen.

Nun kommt ein weiteres hinzu: Unsere monatlichen Lieferungen elektrischer Energie an Deutschland entsprechen kalorienmässig ungefähr 40.000 Tonnen Kohle. Wir nahmen nun den Standpunkt ein, solange uns Deutschland nicht wenigstens für den Monat Februar die entsprechende Menge Kohle liefert, können wir die Ausfuhr elektrischer Energie nicht weiter zulassen und da wir bisher immer vorleistet haben, erklärten wir ferner den Deutschen: Wenn Ihr im März noch Strom wollt, verlangen wir, dass Ihr einmal vorleistet. Alles in allem hätten uns daher die Deutschen 120.000 Tonnen zu liefern gehabt (40.000 Tonnen Nachlieferung für den Monat Januar, 40.000 Tonnen als Kompensation für unsere Energielieferung im Monat Februar und 40.000 Tonnen als Vorleistung für unsere Energielieferung im Monat März.) Wir erklärten ihnen: Wenn Ihr uns dieses Quantum liefert, so sind wir bereit, mit Euch über ein neues Wirtschaftsabkommen zu verhandeln.

Diese Strategie mutet etwas machiavellistisch an. Unsere wirtschaftlichen Notwendigkeiten zwangen uns aber dazu. Im übrigen ist zu sagen, dass wir unsere Forderungen an Deutschland unabhängig von der Anwesenheit der alliierten Delegationen gestellt haben. Diese Forderungen müssten, nach rein kaufmännischen Grundsätzen, auch dann bestehen bleiben, wenn in letzter Stunde in den Verhandlungen mit den Alliierten ein "Betriebsunfall" eintreten würde.

Ferner ist die Mitwirkung der Schweiz an den Empfehlungen von Bretton Woods diskutiert worden. Es ist

uns aus schweizerischen Kreisen vorgeworfen worden, die Sperre der deutschen Guthaben in der Schweiz sei zu spät gekommen. Sie sei unter dem Druck der Alliierten erfolgt. Man hätte diese Sperre viel früher erlassen sollen.

Ich habe noch bis 1937 die Wirtschafts- und Finanzverhandlungen mit Deutschland geführt. In den Jahren 1936 und 1937 habe ich mehr als vier Mal verlangt, dass die deutschen Guthaben in der Schweiz gesperrt werden. Damals war nicht Krieg und befand sich keine alliierte Delegation in der Schweiz. Sämtliche schweizerischen Guthaben in Deutschland waren damals blockiert. Meine Meinung war daher, man müsse hier Gegenrecht halten. Aus sehr achtenswerten Gründen hat der Bundesrat diese Massnahme damals abgelehnt. Es ist aber festzustellen, dass diese Frage schon lange vor dem Krieg in der Luft lag. Hätte diese Massnahme nicht getroffen werden sollen vor der Ankunft der alliierten Delegation? Etwa, um den Anschein zu vermeiden, sie sei unter ihrem Druck erfolgt? Ich bin der Auffassung, dass diese Sperre nicht wenige Tage vor der Ankunft der Delegation noch getroffen werden konnte. Dies hätte gewiss nicht gehindert, dass uns der Vorwurf gemacht worden wäre, man habe sich dem Druck der Alliierten gefügt. Ueberdies hätten wir damit diesen "Trumpf" schon vor Verhandlungsbeginn aus den Händen gegeben.

Im Communiqué zum Bundesratsbeschluss vom 16. Februar 1945 ist gesagt worden, wir hätten im Jahre 1940 und seither solche Sperren schon gegen zahlreiche andere Staaten erlassen. Dies ist gesagt worden in einer gewissen Ueberschätzung der Gefahr der deutschen Reaktion. Effektiv ist die Sperre gegenüber den deutschen Guthaben doch etwas

ganz anderes als gegenüber den andern Ländern. Warum hat man die französischen, belgischen, dänischen, griechischen, niederländischen usw. Guthaben gesperrt? Dies war nicht eine Massnahme gegen diese Ländern, sondern gerade zu ihrem Schutze gegenüber den Okkupanten. Gelder von Angehörigen dieser Länder, die in der Schweiz selbst wohnten, wurden nicht gesperrt. Der Beschluss vom 16. Februar sieht dagegen in Art. 3 vor, dass auch die Gelder der in der Schweiz wohnenden Deutschen zu blockieren sind.

Es ist mir die Aufgabe zuteil geworden, unsere Stellungnahme dem Chef der deutschen Delegation mitzuteilen. Dieser zeigte darüber nicht Wut, sondern Resignation. Er hat sofort erklärt: Ihre Forderung mit Bezug auf die Kohle bedeutet den Todesstoss für das schweizerisch-deutsche Wirtschaftsabkommen. Dies ist umso eindrucksvoller als dieser Todesstoss ausgerechnet von dem aus kommt (dem Sprechenden), der das erste schweizerisch-deutsche Wirtschaftsabkommen unterzeichnet hat. Ich habe darauf geantwortet: Der Todesstoss kommt vom Fehlen der deutschen Kohle. -- Man wird aber in Deutschland den Eindruck nie ausrotten können, wir hätten nicht unter alliierter Pression gestanden. Tatsache ist, dass das deutsch-schweizerische Abkommen nicht erneuert werden konnte, weil Deutschland nicht mehr in der Lage ist, uns im notwendigen Umfange Kohle zu liefern.

Die Schweiz hat ein ungeheures Glück gehabt, dass im rechten Zeitpunkt Deutschland ausserstande gesetzt worden ist, grosse Gegenbistungen zu offerieren.

Das schweizerisch-deutsche Wirtschaftsabkommen ist am 15. Februar abgelaufen und ist nicht mehr erneuert worden. Ich werde später darauf zurückkommen, wie der Wa-

renverkehr nunmehr geregelt werden wird.

Ein weiterer besonders wichtiger Punkt der Verhandlungen ist folgender: Die Alliierten sind zu uns gekommen, um mit uns ein Abkommen zu schliessen. Sie haben aber am ersten Tag und nachher immer wieder erklärt: wir sind an einem solchen Abkommen gar nicht interessiert. Das ist gewiss richtig. Für Deutschland waren wir immer interessant: als Hüter der Alpenpässe, als Flankenschutz, als offenes Tor zur Welt. Welches Interesse an der Schweiz haben aber die Vereinigten Staaten? Wir müssen uns darüber klar sein, dass die Mächte, die heute entscheiden, in der Schweiz keinerlei Interesse haben. Ohne vertragliche Abmachungen mit uns können sie sehr wohl bestehen. Die alliierten Delegationen haben uns gesagt: Wir kommen als Freunde, um zu verlangen, aber auch um zu geben ... -- ich erinnere an die ersten abgegebenen Erklärungen. Es ist daher selbstverständlich, dass sie unsere Massnahmen zur Einschränkung des Transites durch den Gotthard nur dann zu unsern Gunsten in unsere Bilanz einzutragen gewillt waren, wenn sie erfolgten, bevor Oberitalien durch die Deutschen geräumt wird. Nachher wäre diese Massnahme für die Alliierten natürlich wertlos. Gleich verhält es sich mit dem Export nach Deutschland. Man erklärte uns: Wenn Ihr heute die Lieferungen nach Deutschland einstellt, schat das für uns einen Wert und sind wir dafür zu Gegenleistungen bereit; wenn Ihr aber abwartet, bis Deutschland zusammengebrochen ist, so geben wir Euch für diese Massnahme keinen Franken mehr. Diese Ueberlegungen sind natürlich richtig. Wir hätten dann den Zustand gehabt, dass wir in Zukunft von den Gütern der Alliierten nur noch das bekommen hätten, was

gerade übrig blieb.

Wer hätte die Verantwortung übernehmen wollen, den Zusammenbruch Deutschlands abzuwarten, ohne zu einem Abkommen mit den Alliierten zu kommen? Dies hätte bedeutet, dass wir hungern. Es ist gut -- wie in diesem Zusammenhang festgestellt werden muss --, dass die Verhandlungen vom Politischen Departement aus dirigiert werden, das über einen zuverlässigen Nachrichtendienst verfügt und das daher z.B. über die Möglichkeit eines sehr raschen Zusammenbruches des deutschen Widerstandes in Oberitalien orientiert war.

Die Gefahr, zu spät zu kommen, ist sehr gross. Ich vertrete daher mit rücksichtsloser Brutalität den Standpunkt, dass es heute ganz gleichgültig ist, ob und wieviel wir noch nach Deutschland liefern und ob und in welchem Umfange wir den Transit Italien-Deutschland noch aufrecht erhalten. Wir müssen heute darauf bedacht sein, das Tor im Westen zu öffnen. Deutschland ist vor dem Zusammenbruch. Ob wir den wirtschaftlichen Verkehr mit diesem Land noch vierzehn Tage oder einige Monate aufrecht erhalten oder nicht, spielt keine Rolle. Wir müssen den Anschluss an die alliierten Mächte suchen. Diese Frage ist das Kernproblem. Ich habe lange Wirtschaftsverhandlungen nach der alten, der klassischen Methode geführt, die in einem hartnäckigen Festhalten an den eigenen Absichten besteht. Ich habe mich nicht gescheut, in den gegenwärtigen Verhandlungen von dieser Methode abzugehen.

Ueber die Resultate der Verhandlungen kann ich Ihnen folgendes mitteilen:

1. Export schweizerischer Waren nach Deutsch-

land. Keinerlei Sperre. Keine sensationelle Erklärung. Auf der andern Seite kein neues Wirtschaftsabkommen mit Deutschland. Verpflichtung den Alliierten gegenüber, die Ausfuhr schweizerischer Waren nach Deutschland in zweifacher Hinsicht zu beschränken:

a) Liquidierung von Exportzusicherungen, die die Schweiz unter der Herrschaft der früheren Abkommen mit Deutschland gegeben hat, nur in reduziertem Umfange. Die noch auszuführenden Lieferungen sind auf total 3 Millionen Franken, verteilt auf zwei Monate, beschränkt. Diese Ziffer ist sehr klein. Man darf aber nicht vergessen, dass viele schweizerische Lieferanten, die bis heute noch keine Zahlung bekommen haben, sehr froh sind, nicht mehr liefern zu müssen. Auch ist zu bedenken, dass die gelieferten Waren auf dem Transport in Deutschland Bombardierungen ausgesetzt sind, zum Teil gestohlen werden, und dass daher die Gefahr besteht, dass von den Käufern allerlei Einwände erhoben werden. Dazu kommt, dass sich die Kriegsrisikoversicherung bei der heutigen militärischen Lage anders einstellen musste. Nach einer sorgfältigen Prüfung der Verhältnisse ist man auf die genannte sehr kleine Summe von 3 Millionen einig geworden. Ich gebe gerne zu, dass wir durch hartnäckiges Verhandeln den Betrag vielleicht auf 4, 5 oder 6 Millionen hätten erhöhen können. Demgegenüber erinnere ich aber an die grosse Gefahr, zu spät zu kommen. Auch mussten wir danach trachten, zu verhindern, dass die Delegationen nach ihrer Rückkehr in Washington und London grosse Ziffern über weitere Lieferungen der Schweiz an Deutschland bekanntgeben müssen, wodurch leicht wieder gegen uns eine böse Stimmung hätte entstehen können.

b) Neue Geschäfte im qualitativen und quantitativen Kompensationsverkehr mit Deutschland. Wir haben das Recht hierzu durchgesetzt im Ausmass von 1 Million Franken pro Monat. Es ist denkbar, dass uns Deutschland noch während einer gewissen Zeit z.B. Zucker oder Eisen liefern könnte. Die Waren, die wir kompensationsweise dafür zu liefern hätten, sind jedoch nicht frei. Für gewisse sehr kriegswichtige Dinge (Werkzeugmaschinen, Präzisionsinstrumente) haben wir die Verpflichtung übernommen, keine Ausfuhr mehr zu tätigen. Für andere Waren sind bestimmte Kontingente aufgestellt worden. Ich kann im Rahmen dieser Ausführungen natürlich nicht auf Einzelheiten hierüber eingreten.

2. Transit durch den Gotthard. Die Regierung Bonomi hat dem Bundesrat zu Beginn der Verhandlungen eine Note überreichen lassen, in der dem Gotthardvertrag eine vollständig neue Auslegung gegeben wird. Die Regierung von Rom -- die einzige die wir anerkannt haben -- erklärt, dass, wenn die Schweiz den Gotthardvertrag anwendet, sie damit Italien Schaden zufügt. Diese Argumentation erscheint geradezu grotesk. Es zeigt sich jedoch bei näherem Zusehen, dass sie richtig ist. Der Gotthard soll, so argumentiert die italienische Regierung, den Transit zwischen zwei unabhängigen Ländern vermitteln. Heute ist es jedoch ein Verkehr zwischen Deutschland nördlich der Schweiz und Deutschland südlich der Schweiz. Die Basis des Gotthardvertrages ist daher überhaupt nicht mehr vorhanden. Jedes Transitabkommen setzt mindestens drei Staaten voraus: ein Transitland und zwei transitierende Staaten. Praktisch sind aber bei den gegebenen Verhältnissen am Gotthardvertrag nur noch

zwei Staaten beteiligt. Wenn Ihr Kohle nach Oberitalien schickt, so helft Ihr nicht den Italienern sondern nur Deutschland. Mit dem Transit schädigt Ihr also Italien.

Diese Argumentation hat sehr viel für sich. Der Bundesrat hat sofort berühmte Rechtsgelehrte aufgeboten und Gutachten von ihnen eingeholt. Die Meinungen gehen, wie das bei Juristen gelegentlich vorkommt, auseinander. Der Bundesrat hat eine Lösung gefunden, die vom rein rechtlichen Standpunkt aus nicht sehr elegant erscheint. Es ist eine praktisch-politische Lösung.

Der Bundesrat wehrte sich dagegen, eine Transitsperre zu verfügen. Er wollte nicht im Schweizervolk den Eindruck erwecken, er habe unter dem Drucke der Alliierten einen vertraglichen Standpunkt aufgegeben, den er diesen Alliierten gegenüber so lange vertreten hat.

Das wichtigste an diesem Transit ist die Kohle. Dieser Kohlentransit wird gesperrt, weil wir selbst von den Deutschen keine Kohle bekommen haben und auch in Zukunft nicht bekommen werden. Gleich steht es mit dem Eisen: Da wir aus Deutschland kein Eisen mehr bekommen, so ist es logisch, dass wir auch den Transit von Eisen (desgleichen von Stahl und Schrott) durch unser Land unterbinden.

Von spezieller rechtlicher Bedeutung ist die Frage des Transites Süd-Nord. Gestützt auf eines der beiden juristischen Gutachten geht der Bundesrat davon aus, dass das meiste von dem, was von Italien durch die Schweiz geschickt wird, nicht normale Handelsgüter sind, sondern Waren, die weggenommen, requiriert, unter militärischem Druck "gekauft", kurz, in irgendeiner ungewöhnlichen Form

erworben worden sind und nun den Weg durch den Gotthard finden sollen. Dementsprechend ist grundsätzlich der Transit dieser Güter nicht mehr zuzulassen. Es handelt sich hier um eine Präsomption, der gegenüber der Gegenbeweis offen steht. Wenn nachgewiesen werden kann, dass eine Ware in ordentlicher kaufmännischer Art erstanden worden ist, so soll der Transit im bisherigen Umfange zugelassen sein. Dieser Nachweis dürfte natürlich sehr schwer zu erbringen sein.

Die Transitziffern von Januar und Februar zeigen, dass mit der Einstellung des Transites von Eisen und Kohle das meiste dahinfällt. Allein -- ähnlich wie beim Warenverkehr mit Deutschland -- hat auch hier der Bundesrat keine Sperre verfügt. Er hat nur -- aus schweizerischen Gründen und gestützt auf juristische Ueberlegungen -- den Transit Süd-Nord sehr stark eingeschränkt.

3. Die Ausfuhr elektrischer Energie. Sobald dies technisch möglich ist -- in den allernächsten Tagen voraussichtlich -- wird die Ausfuhr elektrischer Energie nach Deutschland eingestellt werden. Die Begründung hierzu liegt darin, dass uns Deutschland kalorienmässig nicht mehr entsprechende Mengen Kohle liefert. Die Verhältnisse in den Rheinkraftwerken sind allerdings sehr kompliziert, indem in den gleichen Einrichtungen zum Teil schweizerischer, zum Teil deutscher Strom erzeugt wird. Was wir verbieten, ist nur die Ausfuhr des Anteils an Energie, der in schweizerischen Einrichtungen erzeugt wird. Ich bitte Sie, dies streng vertraulich zu behandeln.

Die Schweiz ist grundsätzlich bereit, einen Teil der elektrischen Energie Frankreich zur Verfügung zu

stellen, wenn Frankreich die notwendigen Installationen jenseits der Grenze bereit stellt.

4. Finanzprobleme. Es erhob sich im weitern die Frage der Mitwirkung der Schweiz bei der Bekämpfung der Hehlerei. Es wird von ihr Vorsorge verlangt, dass sie nicht zum Finanzzentrum für künftige Kriege werde.

Die Gründe für den BRB vom 16. Februar 1945 sind bereits genannt worden. Die Alliierten haben von uns auf diesem Gebiete sehr weitgehende Erklärungen und Verpflichtungen verlangt. Wir haben einen saubern und einwandfreien Standpunkt eingenommen: Die Schweiz ist nicht dazu da, Kriegsverbrecher und Kriegsbeute aufzunehmen und zu schützen. Die Schweiz will vielmehr alles tun, damit unrechtmässig erworbenes Gut den rechtmässigen Besitzern wieder zurückgestellt wird. Hinter der Blockierung der deutschen Guthaben wird die Schweiz nur ein Inventar aufnehmen. Was dieses Inventar bringen wird, wissen wir noch nicht. Verpflichtungen über die Verwendung des Inventars einzugehen, ist uns heute nicht möglich, eben weil wir das Resultat dieser Bestandesaufnahme nicht kennen. Wir haben uns aber bereit erklärt, dem Wunsch der Alliierten auf Schliessung gewisser Lücken des BRB vom 16. Februar nachzukommen. Nach Aufnahme des Inventars werden wir also mit den Alliierten wieder sprechen.

Insbesondere für Kunstgegenstände wollen wir dazu verhelfen, dass der rechtmässige Eigentümer wieder in deren Besitz kommt. Zivilrechtlich werden sich allerdings sehr schwierige Fragen ergeben. Wie sollen z.B. gutgläubige schweizerische Erwerber behandelt werden?

Im weitern haben wir zugesagt, auch über die

Guthaben anderer Länder in der Schweiz Inventar zu führen. Wir haben die Verpflichtung eingegangen, die verfügbaren Blockierungen nicht aufzuheben, ohne vorher mit den entsprechenden Regierungen Fühlung zu nehmen. Wir müssen diese aber nur konsultieren ("to consult with"). Es ist nicht notwendig, unter allen Umständen deren Einverständnis zu erlangen.

Auf diesem Gebiet haben wir sodann einen sehr schmerzlichen Beschluss fassen müssen. Ohne den starken Druck der Alliierten hätte sich die Schweiz dazu bestimmt nicht bereit gefunden. Deutschland hat uns in letzter Zeit noch sehr bedeutende Zahlungen geleistet: Zinsen, Hypotheken, Versicherungsleistungen, Nebenkosten, Rückwanderergelder etc. Diese Leistungen wurden ausserhalb des Clearings, zum Teil in Devisen, erbracht. Deutschland erklärt, uns heute noch gewisse grosse Zahlungen machen zu wollen. Zahlungsmittel ist dabei Gold. Nun haben uns die Alliierten schon Mitte 1944 eine Note geschickt und gesagt: Was Deutschland in Gold ans Ausland zahlt, ist gestohlenen Gold. Wir werden nicht zulassen, dass Deutschland sich mit diesem gestohlenen Gold den Nimbus eines guten Schuldners kauft. In den gegenwärtigen Verhandlungen erklärten die Alliierten neuerdings, dass sie unter keinen Umständen solche Zahlungen dulden werden. Für den Bundesrat war das ausserordentlich hart. Man vergegenwärtige sich nur die Situation: Es ist ein schweizerischer Gläubiger (Rückwanderer, Versicherte etc.) da. Der Schuldner will ihn bezahlen. Und nun muss der Bundesrat dies verhindern. Es handelt sich um monatlich ca. 10 - 15 Millionen. Es ist für eine Regierung sehr schwer, eigene Landsleute zu verhindern, solche Zahlungen entgegen-

zunehmen. Die Alliierten liessen sich in diesem Punkte aber nicht erweichen. Sie hätten sich bereit erklärt, über diesen Punkt gegenwärtig nichts zu vereinbaren, die Frage also noch offen zu lassen. Damit wäre aber die Sache nicht besser, sondern schlimmer geworden. Denn in absehbarer Zeit würde dieses Gold von der Schweiz ja doch verlangt werden, und dann kämen wir vielleicht nicht mehr so glimpflich davon. Das kleinere Uebel bestand zweifellos darin, die Sache noch heute zu erledigen. Man konnte also nicht anders handeln.

Das sind im grossen und ganzen die schweizerischen Verpflichtungen. Was bekommt die Schweiz dafür? Die Gegenleistung der Alliierten besteht in zwei Dingen:

1. In der Eröffnung von Kontingenten für den Bezug von Lebensmitteln, Futtermitteln und Rohstoffen.
2. In der Oeffnung des Transites durch Frankreich, womit diese Waren eingeführt werden und die schweizerischen Exportwaren wieder den Weg zu ihren Käufern finden können.

In der Einräumung von Kontingenten, Navicerts etc. liegt natürlich nicht eine Verpflichtung der Alliierten, uns diese Waren in diesen Mengen auch zu liefern, sondern nur die Möglichkeit, dass die Schweiz diese Waren auf eigenen Schiffen transportieren kann.

Im allgemeinen können wir sagen, dass diese Zugeständnisse nicht unbeträchtlich sind, mit einer Ausnahme, der Kohle. Noch bis letzten Samstag glaubten wir hoffen zu können, dass wenigstens in bescheidenem Umfange die deutsche Kohle durch amerikanische Kohle ersetzt werden könne. Die Streikbewegung in den amerikanischen Kohlenminen führte

dann aber dazu, dass die Alliierten erklärten, keinen Zentner Kohle liefern zu können.

Der Transport durch Frankreich muss mit eigenen Wagen, eigenen Lokomotiven und eigener Kohle erfolgen. Es erheben sich hier zwei sehr wichtige Fragen. Wir haben in Spanien und Portugal noch ganz beträchtliche Güter liegen. Diese Güter müssen von Cerbères nach Genf transportiert werden. Die zweite Frage ist die eines Hafens im Mittelmeer. Unser Wunsch ging dahin, den Hafen von Marseille benutzen zu können. Dies ist jedoch, wie man uns sagte, vollkommen ausgeschlossen, weil er einerseits weitgehend zerstört und andererseits von militärischer Seite belegt ist. Man hat uns den Hafen von Toulon zur Verfügung gestellt. Vorübergehend wenigstens liegt darin eine tragbare Lösung.

Die Waren aus Cerbères und aus Toulon müssen per Eisenbahn nach der Schweiz transportiert werden. Samstag vor acht Tagen kam nun aus dem alliierten Hauptquartier die Mitteilung, dass alle Linien im Rhonetal vollkommen für militärische Zwecke beansprucht würden und daher keine einzige Linie für schweizerische Transporte zur Verfügung gestellt werden könne. Eine schwere Krise drohte in den Verhandlungen. Man verwies uns auf die "Ligne des Alpes" (über Grenoble). Diese Linie ist jedoch so beschaffen, dass zur Ueberwindung der grossen Höhenunterschiede die Züge in zwei Teile geteilt und jeder Teil mit drei Lokomotiven bespannt werden muss; pro Zug also sechs Lokomotiven. Wir setzten Himmel und Hölle in Bewegung, um in dieser Richtung noch Zugeständnisse zu erhalten. Die Herren Currie und Charguéraud sind deswegen nach Paris gereist, um dort

mit den zuständigen militärischen Instanzen Fühlung zu nehmen. Glücklicherweise brachten sie guten Bericht zurück. Es wurden uns folgende Zugeständnisse gemacht: 2 - 3 Züge Cerbère - Schweiz und 1 - 2 Züge Toulon - Schweiz pro Tag in beiden Richtungen. Dass wir selbst die Wagen Lokomotiven und die Kohle stellen müssen, ist eine schwere Auflage. Das Zugeständnis ist weit davon entfernt, befriedigend zu sein. Wenn man aber bedenkt, dass gegenwärtig in Frankreich etwa 800 Eisenbahnzüge aus militärischen Gründen überhaupt vollständig blockiert sind, dass Frankreich hungert, keine Transportmöglichkeiten hat, dann muss man ehrlicherweise anerkennen, dass mit diesen Zugeständnissen ein Maximum dessen erreicht worden ist, was unter den heutigen Verhältnissen erwartet werden konnte.

Für mich selbst steht heute noch keineswegs fest, dass diese Transporte durch Frankreich sicher und unbelästigt durchgeführt werden können. Man denke daran, dass grosse Städte wie Marseille, Lyon, Grenoble hungern. Die Versuchung für ihre Bewohner wird gross sein, die Eisenbahnzüge zu plündern. Spanien wird verlangen, dass wir nicht nur unsere dringend benötigten Produkte wie Fett, Getreide etc. durch sein Land transportieren, sondern auch gewisse seiner Landesprodukte, z.B. Orangen, kaufen. Wenn man dann in Frankreich sieht, dass solche Luxusgüter nach der Schweiz transportiert werden, derweil für die französische Bevölkerung nicht einmal das Brot transportiert werden kann, so wäre es wohl nicht verwunderlich, wenn sich hierüber eine gewisse Erbitterung breit machen würde.

Schweizerisch-französische Verhandlungen über ein Anleihen. Dieses Anleihen ist zum integrierenden Be-

standteil der Verhandlungen mit den Alliierten bezeichnet worden. Damit wird natürlich ein starker Druck auf uns ausgeübt.

Die Schweiz gibt Frankreich ein Anleihen von 250 Millionen in zwei Tranchen. Das Geld ist dazu bestimmt, Käufe zu finanzieren, die Frankreich für seinen Wiederaufbau in der Schweiz tätigen will, ebenso für Reparaturen von Lokomotiven, Autos, etc.

Blockierte Dollars in den U.S.A. Zu lange glaubte man, den amerikanischen Standpunkt, wonach eine schweizerische Amtsstelle die Ausscheidung des schweizerischen Besitzes vornehmen müsse, nicht akzeptieren zu können. Wir haben am ersten Tage der Verhandlungen diesen Standpunkt schon aufgeben müssen. Jetzt wird die Verrechnungsstelle diese Ausscheidung durchführen. Der nachgewiesene Schweizerbesitz wird dazu verwendet werden können, um in den U.S.A. Waren zu kaufen.

Wenn man zu den Verhandlungen und deren Ergebnisse einen Kommentar abgeben wollte, so wäre ungefähr folgendes zu sagen: Wer die getroffenen Abkommen zerzausen, wer den Unterhändlern und dem Bundesrat Vorwürfe machen will, hat ein leichtes Spiel. Es gibt in diesem Abkommen schwache Punkte. Die ganze Strategie lässt sich sehr leicht kritisieren. Es lässt sich noch viel leichter kritisieren, dass der Bundesrat schweizerische Gläubiger verhindert, Zahlungen, die ihnen angeboten werden, entgegenzunehmen, dass Toulon als Hafen nicht genügt und dass wir nach wie vor keine Kohle haben werden.

In der Welt wird man aber die Schweiz wieder anders beurteilen. Ihr guter Name wird wieder hergestellt

sein. Man wird nicht mehr sagen können, wir seien Hehler. Als Aktivum ist ferner zu erwähnen, dass wir trotz starker Einschränkung im Export und im Transit keine Sperre durchführen werden wie Schweden z.B. das getan hat. Wir dürfen allen Leuten noch in die Augen schauen. Wir haben die Neutralität höher gestellt als das Nachgeben und das "sich gute Noten verdienen".

Die Kommentare über dieses Abkommen werden in London und Washington anders auffallen als in Paris und Moskau. In London und Washington wird man uns loben. Die kleinen Exportmengen wird man als Bagatelle hinstellen.

Wir selbst werden das Hauptgewicht darauf legen müssen, dass wir aus eigenem schweizerischem Interesse diese Konzessionen gemacht haben. Das wird nicht ohne Schwierigkeiten und Widerspruch abgehen. Die überwiegende Mehrheit des Schweizervolkes wird es aber begrüßen, dass wir der Neutralität treu geblieben sind.

Der Vorsitzende dankt Herrn Minister Stucki wärmstens für das sehr ausführliche Exposé und eröffnet die Diskussion.

Herr Giovanoli: Die Orientierung, die uns Herr Minister Stucki gegeben hat, ist für uns ausserordentlich wertvoll und aufschlussreich. Besonders die vertrauensvolle Art, in der sie erfolgt ist, verdient Anerkennung. Es ist für mich die erste Sitzung der aussenpolitischen Kommission, die ich mit Befriedigung verlasse. Wir haben in den bisherigen Sitzungen, nach den bisherigen Methoden, am Schluss der Sitzung eigentlich immer eine Art "kötzliches" Gefühl gehabt.

Ich bin in den Zusammenhängen nicht so orientiert,

dass ich Noten austeilen könnte. Ich glaube aber doch, wir dürfen den Verhandlungsteilnehmern, namentlich Herrn Minister Stucki, warm danken für die geleistete Arbeit, die saubere und zuverlässige Art der Führung der Verhandlungen und das Ergebnis, das dabei erzielt worden ist.

Ich möchte noch auf einige kleine Fragen näher zu sprechen kommen.

Schon die Bestellung der Delegation und ihre Zusammensetzung hat grosse Befriedigung ausgelöst, namentlich auch in den Kreisen, denen ich nahe stehe. Es haben hier Wandlungen stattgefunden, und es brechen sich hier neue Auffassungen Bahn. Das ist über jeden Zweifel erhaben.

Allein schon die Tatsache, dass auch andere Leute zu diesen Verhandlungen zugezogen worden sind als die, die bisher solche Verhandlungen jeweils geführt haben, insbesondere dass auch ein Vertreter der Arbeiterschaft zugezogen worden ist, hat Vertrauen geweckt und Vertrauen geschaffen. Sie können sich kaum vorstellen, wie diese Tatsache bei der Arbeiterschaft gewirkt hat. Wie ein Signal. Man wird gut beraten sein, wenn man inskünftig auf diesem Wege weiter schreitet und sich nach dieser Richtung orientiert.

Es ist mir und uns allen bekannt, dass von alliierter Seite und auch von den Herren, die hier waren, der Standpunkt eingenommen worden ist, dass wir uns zumindest stark den Anschein gegeben haben, profascistisch zu sein. Es würde mich nun interessieren zu hören, ob diese Delegation im Laufe der Verhandlungen den Eindruck gewonnen hat -- ich glaube es hängt Wesentliches davon ab --, dass unser Volk in seiner erdrückenden Mehrheit nicht nur nicht

profascistisch sondern gut demokratisch und, wenn wir so sagen dürfen, alliiertenfreundlich denkt. Die alliierten Delegationen haben ja selbst Gelegenheit gehabt, mit unseren Bevölkerungskreisen direkte Fühlung zu nehmen.

Es passieren indessen manchmal die komischsten Dinge. Es ist uns bekannt, dass die Delegationschefs auch unserem Herrn General und dem Hauptquartier einen Besuch abgestattet haben und dass ihnen anlässlich dieses Besuches von einem Vertreter des Armeekommandos ein Exposé gegeben wurde über die Bedeutung unseres Réduits. Die Persönlichkeit, die dieses Referat gehalten hat, ist nach Mitteilungen die ich erhalten habe, Herr Oberst Gossweiler. Er ist der Schwiegersohn von Dr. Wander und ist Chef in den Wanderwerken. Als ich hörte, dass ausgerechnet Herrn Oberst Gossweiler diese Aufgabe übertragen worden ist, habe ich mich etwas hinter den Ohren gekratzt. Zum Glück für uns ist es wohl so, dass die alliierten Delegationen über diese Persönlichkeit nicht im entferntesten orientiert sind. Wenn sie aber "Mappen", "Mäppchen" und "Kartotheken" gehabt hätten, hätten sie es vielleicht abgelehnt, sich von Herrn Gossweiler orientieren zu lassen. Oberst Gossweiler ist bestimmt eine jener Persönlichkeiten, die noch über das Jahr 1942 hinaus sich tatsächlich einer profascistischen Haltung schuldig gemacht haben. Oberst Gossweiler war einer jener Herren, die im Jahre 1941 die berüchtigte "Eingabe der 200" unterzeichnet hatten. Ausgerechnet dieser Herr Gossweiler bekommt nun den Auftrag, ein Exposé über die Bedeutung unseres Réduits zu geben und unsere einwandfreie militärische Einstellung darzulegen! Das sind gewisse Fehler. Ich masse mir nicht an zu entscheiden, ob für diese

Sache der Bundesrat oder das Politische Departement oder das Armeekommando verantwortlich ist.

Ferner möchte ich fragen, ob Auskunft gegeben werden kann über den Stand der Dinge mit Russland. Einer unserer Gewerkschaftsdelegierten hatte Gelegenheit, mit Herrn Currie zu sprechen. Herr Currie soll ihm gesagt haben, dass man ihm vor seiner Abreise nach der Schweiz erklärt habe, er werde sich nun selbst davon überzeugen können, wie profascistisch die Schweiz eingestellt sei.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch noch eine andere Sache zur Sprache bringen. Das kürzlich vom Bundesrat erlassene Verbot des Plakates der "Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion" und die dazu gegebene Begründung haben mich frappiert. Die Begründung, die auswärtigen Beziehungen seien Sache des Bundesrats und es gehe daher nicht an, dass gleichzeitig Parteien oder Vereine auswärtige Politik treiben, ist mir unverständlich. Es ist Aufgabe und Recht auch der Kleinen, auswärtige Politik zu treiben, in dem Sinne, dass sie ihre Auffassung zur Geltung bringen. Die Formulierung dieses Communiqués ist geeignet gewesen, Zweideutigkeiten und falsche Eindrücke zu wecken. Die Angelegenheit des Verbotes dieses Plakates berührt unsere Kommission an sich zwar nicht. Ich wollte aber nicht versäumen, dies beiläufig hier noch hinzuzufügen.

Zum Schluss möchte ich nochmals meiner Befriedigung darüber Ausdruck geben, dass wir so gründlich informiert worden sind. Unter der Leitung des Herrn Bundesrat Pilet-Golaz war das anders. Dieser hat uns oft unter dem Siegel der Verschwiegenheit Dinge mitgeteilt, die man schon Tage vorher auf dem Bundesplatz von jeder Marktfrau

erfahren konnte. Ich möchte wünschen, dass unsere Kommission inskünftig noch in vermehrtem Masse herangezogen und dass das Verhältnis zwischen ihr und dem Bundesrat noch ein engeres werde. Es besteht hier gute Gelegenheit, Vertrauen zu schaffen zwischen Volk, Parteien und Bundesrat.

Herr Oeri: Auch ich möchte mich dem lebhaften Dank an die Verhandlungsteilnehmer und insbesondere an Herrn Minister Stucki anschliessen. Im weitern möchte auch ich dem Wunsche Ausdruck geben, dass fürderhin die Kommission für auswärtige Angelegenheiten in so offener und ausführlicher Art orientiert werde, wie dies heute der Fall gewesen ist.

Es würde mich noch besonders interessieren, ob die auswärtigen Delegationen zu einem endgültigen Abschluss der Verhandlungen bevollmächtigt sind oder ob die Vereinbarungen unter Ratifikationsvorbehalt geschlossen werden.

Ferner möchte ich die Frage stellen, weshalb der Sperrbeschluss vom 16. Februar vom Bundesrat erlassen worden ist, bevor man entsprechender Konzessionen durch die Alliierten sicher war. Hätte dieser Sperrbeschluss nicht zum Text des ganzen Abkommens gehört?

Die von Herrn Giovanoli geübte Kritik an der Begründung des Verbots des Plakats der "Gesellschaft Schweiz - Sowjetunion" teile ich durchaus. Die abstrusen Professorenideen von Walter Burckhardt, den ich im übrigen sehr schätze, so lange nach seinem Tode nochmals auftauchen zu lassen, war gewiss nicht zweckmässig. Eine andere Frage ist natürlich, ob das Verbot nicht im Hinblick auf die bisherige Praxis des Bundesrates gerechtfertigt war. Die Berufung auf das Gutachten von Professor Burckhardt aus dem Jahre 1939 war zweifellos ein faux pas.

M. Borella remarque que les Communiqués officiels ne font pas mention de M. Weber comme représentant de la classe ouvrière mais comme celui des coopératives. Il prend avec satisfaction connaissance de la déclaration de M. le Ministre Stucki au termes de laquelle M. Weber a été appelé au sein de la délégation en tant que représentant de la classe ouvrière.

M. Borella rappelle que le Gouvernement Badoglio, en septembre 1944 déjà, nous a remis une note déclarant que les marchandises transitées par la Suisse ne représentaient, somme toute, que des marchandises volées. Il aimerait bien savoir quelle était la portée de cette note. D'ailleurs, il souligne le fait que même du côté suisse, constatation a été faite en gare de Chiasso que les dites marchandises avaient effectivement été acquises illicitement. On a vu par exemple, lors du déraillement de quelques wagons, que ceux-ci contenaient des chaises, des canapés, etc.

De même que M. Giovanoli, M. Borella désire connaître l'état de nos efforts en ce qui concerne la reprise de nos relations diplomatiques avec l'URSS.

Herr Minister Stucki: Ich möchte die Frage bezüglich Dr. Max Weber vorwegnehmen. Die Frage hat einen etwas humoristischen Hintergrund. Es ist richtig, dass Herr Nationalrat Weber in der offiziellen Mitteilung als Vertreter der schweizerischen Konsumvereine aufgeführt worden ist und nicht als Vertreter der Arbeiterschaft. Das ist ausschliesslich meine Schuld. Ich war sieben Jahre im Ausland. Bevor ich die Schweiz verliess, kannte ich Herrn Dr. Max Weber als Vertreter des Gewerkschaftsbundes.

Als solchen hatte ich ihn immer noch in Erinnerung, als ich ihn für die schweizerische Verhandlungsdelegation vorschlug. Ich vernahm erst nachher, dass er nun Mitglied der Direktion des Verbandes schweizerischer Konsumvereine sei. Nun ging es eben nicht anders, als ihn in dieser Eigenschaft in den offiziellen Zeitungsmeldungen zu nennen.

Die amerikanischen und englischen Delegierten sprechen kein Wort deutsch. Die gesamten Verhandlungen wurden in englischer Sprache geführt. Darauf musste natürlich bei der Zusammensetzung der Delegation Rücksicht genommen werden, und auch in andern Fragen war dies von Bedeutung. Damit komme ich auf die Angelegenheit Oberst Gossweiler zu sprechen.

An einem Freitagmorgen lauteten die Wetterberichte sehr günstig. Wir schlugen den alliierten Delegationen vor, dem Jungfraujoch einen Besuch abzustatten. Auf meine Veranlassung hin wurde im Hotel auf der Scheidegg über den "Effort militaire suisse" referiert und wurden einige militärische Demonstrationen vorgeführt. An jenem Freitagmorgen ersuchte ich das Armeekommando, einen hohen Offizier zu bezeichnen, der das Referat in englischer Sprache halten könne. Die Zeit drängte, die Zahl der englisch sprechenden hohen Offiziere ist sehr beschränkt. Die Wahl fiel fast zwangsläufig auf Herrn Oberst Gossweiler. Sein Exposé war tadellos. Im übrigen wusste ich nicht, dass er Mitunterzeichner der von Herrn Giovanoli erwähnten Eingabe war. Ich befand mich zu jener Zeit im Ausland. Der glänzende Eindruck, den dieses Referat und die militärischen Demonstrationen bei den alliierten Delegationen hinterlassen hat, sollte nun nicht hintendrein getrübt werden durch

eine diskreditierende Mitteilung über Herrn Gossweiler in der Presse. Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Bemerkung nicht unterlassen, dass es wohl kein Land auf der Welt gibt, in welchem eine fremde Delegation durch den obersten militärischen Befehlshaber empfangen wird, ohne dass dem Auswärtigen davon überhaupt nur eine Mitteilung gemacht wird. Das ist nur in der Schweiz möglich.

Zur Frage unserer Beziehungen zur Sowjetunion folgendes: Von den 56 Staaten der Welt interessieren mich gegenwärtig 4: Frankreich, England, Amerika und Russland. Die Frage Russland steht ununterbrochen zur Diskussion. Wenn wir danach getrachtet haben, in den Verhandlungen verhältnismässig rasch zu einem Ergebnis zu kommen, wenn wir uns dazu entschlossen haben, gewisse Detailpositionen zu opfern, so stand hinter all unsern Aktionen immer auch die Frage Russland. Wenn dieses Abkommen zustande kommt, dann werden wir die Möglichkeit haben, mit Russland wieder ins Gespräch zu kommen. Wenn aber dieses Abkommen schweitern würde, oder wenn es so aussehen würde, als hätten wir uns den alliierten Forderungen ganz verschlossen, oder wenn die Vertreter der Alliierten bei ihrer Rückkehr nicht bestätigen würden, dass die Schweiz etwas ganz anderes ist, als das, was von ihr behauptet worden ist, dann hätten wir keine Aussicht, mit den Russen auch nur ins Gespräch zu kommen. Was ich Ihnen hier sage, entspricht den klaren Erklärungen der Herren Currie und Foot. Es handelt sich also nicht nur um eine Supposition. Wir haben begründete Aussicht, russische Missverständnisse beseitigen zu können.

Die alliierten Vertreter werden mit einer ganz andern Idee von der Schweiz zurückkehren. Ich habe den Text

des Telegrammes gesehen, das Herr Currie an General Eisenhower wegen der Frage der Bombardierungen geschickt hat. Darin hat er klar zum Ausdruck gebracht: ich habe nun gesehen, dass die Schweiz nicht profascistisch ist.

Die Frage Herrn Nationalrat Oeris nach dem Ratifikationsvorbehalt verstehe ich sehr gut. Er kennt den amerikanischen Senat. Auch wir kennen ihn. Als Vertragsinstrument ist jedoch keine Konvention gewählt worden, sondern es soll lediglich ein Briefwechsel zwischen den Chefs der Delegationen stattfinden. Damit ist der Frage der Ratifikation durch den Senat der Vereinigten Staaten, das englische Parlament und die entsprechende Behörde in Frankreich ausgewichen worden. Das Abkommen tritt also mit der Unterzeichnung und dem Austausch der Schreiben in Kraft.

Zur Frage, weshalb der Beschluss über die Sperrung der deutschen Vermögenswerte schon am 16. Februar erlassen worden ist, kann ich folgendes sagen. Zunächst musste auf die Atmosphäre in der Schweiz, in London, in Paris, in Washington Rücksicht genommen werden. Wir mussten zum vornherein einen Beweis unseres guten Willens erbringen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass es nicht möglich war, den Beschluss zwar zu fassen, ihn aber nicht zu publizieren. Es wäre, nachdem der Beschluss gefasst worden ist, unvermeidlich gewesen, dass mindestens 50 Menschen davon Kenntnis bekommen hätten. Von diesen Personen stehen einige Finanzinteressen sehr nahe. Die Gefahr wäre zu gross gewesen, dass gewaltige Rückzüge von den Banken erfolgt wären. Gewisse Mitteilungen, die mir während der Sitzung des Bundesrates, in der dieser Beschluss behandelt worden ist, von der Nationalbank zugegangen sind, haben mich denn auch ver-

anlasst, in die Sitzung zu gehen und vom Bundesrat zu verlangen, den Beschluss noch gleichen Tags in Kraft zu setzen. Wir durften uns auf keinen Fall den Vorwurf zuziehen, zwar entsprechend den Wünschen der Alliierten gehandelt, dies aber in so ungeschickter, kindischer Weise getan zu haben, dass die ganze Massnahme nur etwas Halbes blieb.

Ueber die Frage des Verbotes des Plakates der "Gesellschaft Schweiz - Sowjetunion" bin ich nicht in der Lage, Ihnen Auskunft zu erteilen, da ich selbst durch die Zeitung zum erstenmal Kenntnis davon erhalten habe.

Es ist richtig, wie Herr Nationalrat Borella sagt, dass schon die Regierung Badoglio in der Frage des Transites bei uns vorstellig geworden ist. Es ist darin aber die juristisch-politische Stellungnahme nicht in so klarer und überzeugender Weise dargelegt worden, wie in der Note der Regierung Bonomi vom Februar dieses Jahres. Wie ich Ihnen hier übrigens anvertrauen darf, stammt diese Note aus amerikanischen und englischen Federn.

Der Note der Regierung Bonomi stand die Auffassung der neofascistischen Regierung Mussolini gegenüber, welche protestiert und erklärt hat, dass sie allfällige Massnahmen zur Einschränkung des Transites als unfreundlichen Akt betrachten würde. Wir sind darüber hinweg zur Tagesordnung übergegangen; dies obwohl wir in Oberitalien beträchtliche Interessen zu wahren haben.

Zum Schluss noch eine Mitteilung. Eine sehr schwere Hypothek in den Verhandlungen bedeutete die Tatsache, dass man uns immer wieder sagen konnte: Ihr verlangt in den gegenwärtigen Verhältnissen weitgehende Zugeständnisse für Lieferungen und Transportmöglichkeiten. Wir sehen aber,

- 36 -

wie es bei Euch aussieht. Kommt einmal nach Frankreich! Schaut Euch das Leben der Franzosen an! Oder kommt nach England! Es ist für uns sehr schwer, in Frankreich Zugeständnisse an Euer Land zu vertreten, wissend, wie unendlich viel besser es der Schweiz geht. Wenn wir nicht überzeugt wären, dass Ihr Schweizer ehrlich und gerecht gehandelt habt, und wenn wir über Eure Gesinnung nicht im Klaren wären, so würden wir niemals die schweizerischen Interessen so berücksichtigen können, wie wir es tun und zwar auf Kosten der befreiten Gebiete.

Es sind in dieser Beziehungen einige Regiefehler vorgekommen. In guten Treuen sind alle möglichen Gastgebereien veranstaltet worden, ohne dass vorher mit uns Fühlung genommen worden ist. Ich habe vergessen, dass wir in dieser Beziehung "Hirtenknaben" sind. Für die Zukunft werden in dieser Hinsicht Vorkehren getroffen werden müssen.

M. Borella: Est-il vrai qu'un Attaché commercial de l'Italie néofasciste, répondant au nom de Zimulo (?), exerce une activité officielle en Suisse?

Herr Minister Stucki: Den Namen habe ich noch nie gehört. Die neofascistische Regierung hat einen Delegierten in Bern, dagegen keinen Handelsattaché. Einen solchen hat nur die Regierung Bonomi bei uns bestellt. Ich werde die Angelegenheit überprüfen.

Der Vorsitzende gibt in den wesentlichsten Zügen bekannt, was er in das amtliche Mitgeteilt über die Tagung der Kommission aufzunehmen gedenkt. Mit einem Wort des Dankes für die rege Mitarbeit schliesst er die Sitzung.

Schluss der Sitzung und Session 11.55 Uhr.

Mr. Protokollführer: *Mr. Allen am.*